

Erstklassige Qualität
 in allen
 von den
 und
 +
 Abonnementpreis
 monatlich 10 Pf.
 vierteljährlich 30 Pf.
 jährlich 1.00 Mk.
 pränumer. frei von Porto.
 Durch die Post bezogen
 1.00 Mk. exkl. Verlagsgeb.
 +
 „Die Neue Welt“
 (Anzeigenblatt)
 durch die Post nicht bezogen
 1.00 Mk. exkl. Verlagsgeb.
 +
 Telefon Nr. 1047.
 Verlag: Hermann
 Verlag: Halle/Saale.



Inserionsgebühr
 beträgt für die 6 spalten-
 weite Zeile über dem Raum
 80 Pfennig
 für ausserhalb
 10 Pfennig
 50 Pfennig
 In rubricierten Stellen
 kostet die Zeile 75 Pfennig.
 +
 Inserate
 für die Halle Nummer
 1000 kostenlos bis zum
 1. August 1910
 nach dem 1. August
 10 Pfennig
 +
 Eingetragen in die
 Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Baumburg-Weißfels-Reitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
 und die Mansfelder Kreise.
 Expedition: Barz 42/43. Redaktion: Barz 42/43.

Englischer Imperialismus.

Aus London wird uns geschrieben: Es häufen sich die Anzeichen, die besagen, dass die englische Kolonialpolitik einem Ausbruch der extremsten Reaktion, einer Aera der Rüst- und Eisenpolitik, entgegensteuert. Seit Wochen ist das Verdict im Umlauf, daß der gegenwärtige britische Generalagent in Ägypten, Sir Eldon Gorst, seines Amtes entsetzt und daß an seine Stelle Feldmarschall Lord Ritchener gesetzt werden soll. Trotz der wiederholten amtlichen Dementis will das Verdict nicht verkommen. Bestenfalls hat der Minister des Äußeren, Sir Edward Grey, selber im Unterhause auf eine Anfrage erklärt, daß von einer Vertreibung Sir Eldon Gorst keine Rede sein könne. Aber mehrschuldig gewirkt hat auch die formale Erklärung die Sekretariat kürzlich abgab. Man hält es für sehr wohl möglich, daß die vorläufigen Berichte des Generalagenten, Sir Eldon Gorst, noch einige Monate länger auf seinem Posten zu erhalten, aber allgemein wird angenommen, daß seine Tage gezählt sind.

Die englischen Imperialisten hätten wahrscheinlich wenig Ursache, sich über Sir Eldon Gorst zu beklagen. Er hat in der Unterdrückung der nationalistischen Bewegung in Ägypten, in der Verfolgung und Verunglimpfung ihrer Führer, in der Anhebung der Presse und der Vernichtung der Pressefreiheit ein erfolgreiches Geschäft, und wie sein von kurzem veröffentlichter Jahresbericht zeigt, ist er durchaus bereit, die Hügel der Gewaltthätigkeit noch steiler zu besetzen. Aber all dies genügt den Imperialisten nicht. Für ihren Geschmach ist Gorst noch immer viel zu nachsichtig und „schwach“ den Nationalisten gegenüber, und sie betreiben bemängelt man schon seit Monaten eine weiche Oede, um ihn von seinem Posten zu verjagen. Es ist ziemlich durchsichtig, daß der frühere britische Generalagent in Saito, Lord Cromer, der seine ruhmvolle Karriere in Ägypten mit den schändlichen Greueln von Denhabari beschloß, ebenfalls seine Hand mit im Spiele hat. Groß war der Jubel der imperialistischen Gegner Gorsts, als auch Roosevelt in seiner berüchtigten Rede in der Londoner Guildhall mit beispielvoller Katholikerei in dieselbe Kerbe hieb und die englische Politik in Ägypten als zu sentimental und zu human kritisierte. Als dann Sir Edward Grey im Unterhause die Erklärung abgab, daß er nicht nur mit den Ausführungen Roosevelts vollkommen einverstanden sei, sondern, daß ihm auch der Inhalt und die Form seiner Rede schon vorher bekannt gemacht worden sei, da war es allen klar, daß die Stunde Sir Eldon Gorsts geschlagen habe und daß eine neue Aera gewaltthätiger Reaktion in Ägypten beginnen würde.

Vor einigen Tagen äußerte sich ein Führer der ägyptischen Nationalisten dem Schreiber dieses gegenüber dahin, daß die englischen Machthaber gegenwärtig mit Zweck und Vorbedacht darauf hinarbeiten, das ägyptische Volk in eine Rebellion gegen die britische Herrschaft zu treiben, um dann, wenn sie die Revolte mit ihrer militärischen Übermacht niederschlagen haben, die Gelegenheit zu ergreifen, das Land endgültig zu annektieren. Er meinte, die Revolutionen würden schwerlich Erfolg haben, solange die Regierer sich nicht kräftig genug fühlen, den Kampf mit Aufrichtigkeit aufzunehmen. Es scheint, daß es diese Propagandapolitik ist, auf die sich Sir Eldon Gorst nicht ohne Bedenken einlassen wollte, und diesen Bedenken hat er wohl die Ungnade der englischen Jingoos von Saito und London zu verdanken. Sie haben auch schon den Mann gefunden, der diese edle Mission zu ihrer Vervollständigung erfüllen soll: es ist Lord Ritchener.

Rochester Roosevelt und Lord Ritchener — das sind die neuen Gezeiten des englischen Jingoismus. Der eine ein brutales Genialitätswort von Natur, der die verdammtesten moralischen Gemeinplätze einzig im Munde führt und mit der Hand auf die weißen Tiere Afrika seine verblödete Propaganda aufzusprengen sucht. Der andere ein alter Haubogen von Beruf, dem auf der Welt nichts mehr recht ist, weil sie zu weich und freierbig geworden, und es nirgendwo zum Dreifachen gibt. Die alten spanischen Conquistadoren, die Francis Drake und Walter Raleigh, wurden durch ihre unerfährliche Gier nach Geld zu unmenhlichen Brutalitäten getrieben. Aber die Welt-eroberer von heute scheinen nur von der nackten Lust zum Ueberwiegen und zur Menschenquälerei erfüllt zu sein. Das die Vorgehensweise sich solche Leute zu Objekten ihrer Gier und Verwunderung auszuwählen, zeigt die traurige Vererbung ihrer Ideale, soweit sie solcher überhaupt noch übrig ist: zur Vererbung des goldenen Kalbes geföhlt sich die Anbetung der rohen Gewalt. In ihren Opfern soll ihr die Erkenntnis.

Seidern Lord Ritchener von seinem militärischen Kommando in Indien zurückgetreten ist, will die widerwärtige Unmenschlichkeit dieses „größten britischen Soldaten“ in der ganzen Presse gar nicht aufhören. Alle guten Patrioten zerbrechen sich die Köpfe, wie man ihm einen seinen Kräfte angemessenen Posten finden soll. Es scheint, daß das gewalttätige Weltreich keine Funktion aufzuweisen hat, die dieses Halbgothos würdig wäre. Die Regierung hatte ihn zuerst zum Generalkommandanten der Mittelmeerarmeen mit dem Sitz in Malta auszuweisen, aber Ritchener lehnte unter dem Vorwande der Jingoos ab, weil dieser Posten mit seinen freilich etwas gekünstelten Funktionen seiner Talentfülle nicht den ermunternden Spielraum gewähren soll. Sodann wurde eine Agitation

in die Wege geleitet, um ihn zum Vizekönig von Indien zu machen. Das wäre nun freilich das Strohholz am Pulverfaß gewesen. Aber das Experiment erschien Lord Morley zu gewagt, und sogar die Times meinte, es gehe doch nicht an, vor aller Welt zu verkünden, daß die Sage in Indien zu bergeweise getrieben sei, um die Vererbung eines Soldaten zum Vizekönig notwendig zu machen und das Land außerdem mit roher Gewalt zu regieren. So wurde der bisherige permanente Chef des Ministeriums des Äußeren, Sir Charles Garding zum Vizekönig von Indien gemacht, ein Mann, der beim König Edward persona gratissima war, diesen auch bei seinen Zusammenkünften mit dem Jazzen in Neapel und Genua begleitete, und dem man die geistige Ueberlegenheit der ganzen Entente-Politik mit Ruhm und ihren verhängnisvollen Folgen in Briefen zuschreibt. Den hält man für den Augenblick an der Spitze von Indien für brauchbarer, als den Feldmarschall. Aber moegen man in Indien noch Bedenken hegte, dazu scheint man sich in Ägypten entschließen zu wollen.

Diese Wabe betrifft die englische Weltpolitik unter der Herrschaft einer radikalen Regierung. Einst träumte dem englischen Liberalismus von einer äußeren Politik, die einen Segen für die kleinen und schwachen Nationen sein sollte, die unter schweren Geburtsnöthen die Stufe europäischer Kultur zu erklimmen suchten. England folgte überall in der Welt als der verlässliche Beschützer der konstitutionellen Freiheit dastehen. Aber die imperialistische Weltpolitik ist kein Experimentierfeld für die wohlmeinenden Theorien radikaler Ideologen. Der lärmende Imperialismus der Disraelischen Schule trug über den innerlich unmaßigen Freiheitslohn Gläubigen den Sieg davon. Jetzt wiederholt man die alten Maximen von dem Segen unterdrückter Nationen und Völkerstämme nur in Fällen wie im Range und den portugiesischen Inseln in Afrika, wo noch etwas für England herauszukommen ist. Selbst britische Kolonien und Interessengebiete in Betracht kommen, macht sich überall jenseit ein brutales Herrenmentenhum breit. Selbst dort, wo eine verhältnismäßige Haltung im unmittelbaren Interesse der Engländer selbst liegt, erfordert jedes Abweichen vom todbenen Jingoismus fast behelfenfähige Mut. Man erinnere sich nur der Schmachungen, die Sir Ewen Campbell Bannerman erdulden mußte, als er den eroberten Burenstaaten das Selbstregierungsrecht gewährte. Herr Ritchener und Sir Edward Grey haben freilich eine heftige Kritik von jener Seite nicht zu befürchten. Sie scheinen ihrer Ehre darin zu suchen, die jingoistischsten Leistungen konservativer Regierungen zu überbieten.

Das Recht der Wahlrechtskämpfer.

Einen juristisch wie politisch gleich bemerkenswerten Freispruch stiftete die vierte Kammer des Berliner Landgerichts über die angeklagten Redakteure der Welt am Montag Hans Leuß und Alfred Schoß, die in einem Aufsatz ihrer Zeitschrift die Freisprechung der preussischen Wahlrechtsdemonstranten durch die Schöffengerichte selbst dann gefordert hatten, wenn die Demonstranten das Gesetz übertreten haben sollten.

In der Welt am Montag vom 29. März hatte Hans Leuß einen Artikel veröffentlicht, in dem er darauf hinwies, daß die angeklagten Vergehen der preussischen Wahlrechtsdemonstranten nicht weiter sind als Folgen jenes verbrochenen Rechtsbruchs, der vor mehr als 80 Jahren durch die Diktatorierung des Dreiklassenwahlrechts am preussischen Volke verübt wurde. Leuß hatte u. a. geschrieben:

„Verfolgen wir die „Delikte“, gegen die in der vergangenen Woche so viele Urteile ergangen sind, bis zu ihrer Wurzel, so haben wir zuletzt auf den Stumpf, in dem die hygienische Blüte des höchsten Verstandes wurzelt und sich entfaltet: auf den preussischen Staat und auf den Diktator, aus dem dieser Staat seine „Grundrechte“ bezogen hat. Nicht dem Rechte, sondern dem Rechtsbruch, nicht der Rechtslichkeit, sondern dem Raub verankert das „Recht“ seinen Ursprung, gegen das die Forderung des wahren Rechts demonstriert haben.“

Darum hält Leuß die Verurteilung preussischer Wahlrechtskämpfer selbst dann für unrecht, wenn sie sich tatsächlich einen Verstoß gegen den Wortlaut der Gesetze aufzubringen kommen ließen, und er verlangt ihre Freisprechung.

Vielleicht — so fährt er fort — finden sich unter den auszuereisen und gefestigten Schöpfen, die in den nächsten Tagen weiter über ihre Rechte fordernden Wähler zu Gericht sitzen müssen, noch ein Paar, das den Mut hat, sich an so manche begeisterte Rede eines wahrhaft Haffen gebildeten Jüngers ihrer Jugend zu erinnern, der ihnen leuchtendsten Auges ergab, wie in Griechenland Harmodion und Aristogiton die Tyrannenmörder und Erneuerer der Freiheit des Staates vor allen anderen in den Zusammenkünften der Männer gefeiert wurden. Vielleicht hallt in dieser oder jener Seele noch ein söhnes Wort aus den revolutionären Dramen Schillers nach, wenn das Indignieren gegen die Forderung des Rechts nun weitergeht. Das wäre eine schöne Vergegenwärtigung für das Land und eine Ehrenrettung seines Bürgerrechts auch gegen das Verhängnis, das unsere Rechtschaffenheit und unsern Charakter schmälert, wenn sich ein Verdict fände, das über das vorkerbene Recht des Bundesobers zu dem wahren und hohen Rechte hinaufführe und also spräche:

Wenn die Strafe das Recht des Unrechts ist, so verdient der keine Strafe, der das Gesetz verletzt, weil das Gesetz ihn selbst mit Füssen tritt, und der nicht als das wahre Recht herbeiführen will.

In dieser Aufforderung an die Richter, sich über das Gesetz zu erheben, um Recht zu üben, erwiderte die Staatsanwaltschaft eine Aufforderung zur Begebung eines Verdicts, nämlich des Verdicts der Rechtsbeugung im Sinne des § 388 Str.-G., der lautet:

„Ein Beamter oder Schiedsrichter, welcher sich bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtssache verhalten hat, die die Befugnisse oder die Rechte einer Partei oder Partei des Rechts schuldig macht, wird mit Geldstrafe bis zu fünf Jahren bestraft.“

Der Hauptangeklagte Leuß und sein Verteidiger erbrachten in sehr scharfsinnigen und wirksamen Ausführungen den Nachweis, daß errens ein Substitut gegen den Wortlaut des Gesetzes — sogar im bewussten Gegenstand der Absicht des Gesetzes — in Deutschland nicht geltend sei, ohne daß es bisher einem Staatsanwalt eingelassen wurde, darin eine „Rechtsbeugung“ im Sinne des § 388 zu erblicken und das Verdict insbesondere die Laienrichter eine viel größere Freiheit in der Anwendung des Gesetzes für sich in Anspruch nehmen dürften als die Berufsrichter. Die Freiheit der abhängigen Berufsrichter erweitern zu wollen, liege auch gar nicht in der Absicht des Angeklagten, dagegen wünsche er allerdings, daß die Richter sich mehr von ihrem Gewissen und ihrem Rechtsempfinden als von dem Gesetzesbuchstaben leiten lassen sollten.

Das Gericht sprach die beiden Angeklagten, gegen die der Staatsanwalt drei und zwei Monate Gefängnis beantragt hatte, frei mit der Begründung, daß die in dem Verdict enthaltene Aufforderung zur Freisprechung demokratischer Gesetzesverleerer nur an Schöffengerichte gerichtet waren.

Das Richterkollegium erkennt damit an, daß sich die Angeklagten oder auch die Beschworenen keiner Rechtsbeugung schuldig machen, wenn sie bewußt und absichtlich freisprechen, so wie nach dem Gesetz verurteilen müßten. Dagegen scheint es der Meinung zu sein, ein beamteter Richter sei verpflichtet, eine bewußte Ungerechtigkeit zu begehen, wenn das Gesetz es ihm verlangt. Indem es den Angeklagten freisprach, beurteilte es das System des Berufsrichtertums, dessen Vertretung es selber ist!

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 13. Juli 1910.

Wilhelm II. als Auslandspolitiker.
 Eine kleine Renaissancie des Krügertelegramms und der Daily Telegraph-Affäre ist und durch ein Schreiben befehrt worden, das Wilhelm II. im Frühjahr dieses Jahres an den sogenannten Präsidenten der Republik Nicaragua adressiert hat. Herr Madrig hatte sich auf einem in Centralamerika nicht ungewöhnlichen Wege (siehe zu dem Präsidenten erhoben und sich dadurch in Gegenstand zu den Vereinigten Staaten gebracht, die den Hufstator nicht als rechtmäßiges Staatsoberhaupt anerkennen wollten. Als Herr Madrig seinen Regierungsantritt den europäischen Mächten notifizierte, erludigte sich England sofort bei den Vereinigten Staaten nach der Lage der Dinge und unterließ es auf Rat der nordamerikanischen Regierung, Herrn Madrig als Präsidenten anzuerkennen. Wilhelm II. schickte dagegen dem neuen Herrn von Nicaragua ein Schreiben, in dem er ihn nicht nur als rechtmäßiges Staatsoberhaupt, sondern auch als seinen „großen und guten Freund“ anerkannte.

Das Unwürdige am Lächeln nun erklären, daß die Anrede „großer und guter Freund“ im diplomatischen Verkehr mit Herrschaften wie die nicaraguanischen üblich sei, und keine besondere Herzenswärme verzeude, Selbst wenn das richtig ist,



Die Einleitung einer parlamentarischen Untersuchungskommission. Raynand brachte eine Tagesordnung ein, die der Regierung des Reiches von der Kammer auspricht. Brand erklärte, persönlich für er gegen die Ernennung einer parlamentarischen Untersuchungskommission; da ihm aber in dieser Angelegenheit gewissermaßen die Pflicht vorgebeordnet wurde, könne er die Ernennung einer solchen Kommission nicht ablehnen. Dagegen widerspreche er dem, daß die Kommission richterliche Befugnisse erhalten solle. Als Tagesordnung nehme er nur die von Raynand eingebrachte an und mache aus ihrer Annahme eine Vertrauensfrage. Die Tagesordnung Raynands wurde hierauf mit 95 gegen 55 Stimmen und dann mit 998 gegen 100 Stimmen ein Antrag angenommen, eine Untersuchungskommission von 83 Mitgliedern zu ernennen, die über die Umstände der Reichstagswahl für die Verfassung des Reiches Bericht vorbringen, sie begleiten und ihr folgen. Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Rußland.

„Witerschi“ Offiziere. Petersburg, 12. Juli. Die Enthüllungen, zu denen die Untersuchung des Senators Weidbart in Warschau geführt hat, geben immer weitere Kreise. Auf Veranlassung des Senators sind 21 aktive Offiziere der Reichswehr in Warschau interniert worden. In Warschau sind 11 Offiziere interniert worden. Da die Befehlshaber der Garnison in Warschau sind, wurden mehrere Offiziere in Soldaten-Kasernen untergebracht.

Perlen.

Die beiden führenden Männer des bisherigen Kabinetts, Sepeidar und Serdar Afshar, haben, nachdem alle anderen Mitglieder von ihrem Posten zurückgetreten sind, am Montag auch ihre Ämter niedergelegt. Der Senat hat die Wahl der neuen Mitglieder des Reichstages am Montag in der Sitzung vorgenommen. Die Wahl der neuen Mitglieder des Reichstages am Montag in der Sitzung vorgenommen. Die Wahl der neuen Mitglieder des Reichstages am Montag in der Sitzung vorgenommen.

Aus der Partei.

Letztliche der Partei. In Frankfurt a. M. hat die Partei am Montag in der Sitzung die Wahl der neuen Mitglieder des Reichstages am Montag in der Sitzung vorgenommen. Die Wahl der neuen Mitglieder des Reichstages am Montag in der Sitzung vorgenommen.

Reichstagsabgeordnete.

Eine am Sonntag in Memmingen stattgefundene Wahlkonferenz für den Wahlkreis Memmingen (Schwaben 4) stellte einstimmig dem Genossen Ludwig Wiedemann, Landtagsabgeordneter in München, als Kandidat für die kommende Reichstagswahl auf.

Aus der Jugendbewegung.

Eine Konferenz der Jugendbewegung für Rheinland-Westfalen tagte am Sonntag in Düsseldorf. Berichteten waren sämtliche 20 Jugendbewegungen des Reiches. Die Zahl der Abkommen der Arbeiter-Jugend beträgt 477. Nach dem Bericht der Vorarbeiten des Reichsausschusses, als welcher der Reichsausschuss der Arbeiter-Jugend fungierte, und einem Bericht des Reichsausschusses des Reichsausschusses der Arbeiter-Jugend wurde ein Bericht über die Aufgaben der Reichsausschusses der Arbeiter-Jugend beraten und beschlossen. Nach diesem sind zur finanziellen Unterstützung der Tätigkeit des Reichsausschusses für die Arbeiter-Jugend und das Quartal 2 Bg. an den Reichsausschuss abzugeben. Ferner wurde beschlossen, den bisherigen Reichsausschusses der Arbeiter-Jugend in drei Agitationskreise einzuteilen, und zwar in Oberrhein (Vorort Köln), Niederrhein (Vorort Elberfeld) und Westfalen (Vorort Dortmund).

Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen.

Beschlussfassung. Regensburg, 12. Juli.

Frühdorf, Dresden weist zunächst darauf hin, daß laut dem vorjährigen Beschluß die nächste Jahresversammlung (1911) in Dresden stattfinden soll, wo gleichzeitig eine große internationale hygienische Ausstellung abgehalten wird. Man beschließt, für die Tagung einen Verhandlungstag mehr in Aussicht zu nehmen.

Zur Teilnahme am dem internationalen Kongreß für Arbeiter-Versicherungen im September 1910 im Haag werden Frühdorf und Seiffert, Dresden gewählt. Des weiteren wird ein Antrag des Verbandes der Ortskrankenkassen Hamburgs und der Ortskrankenkassen Bremerhaven auf Herabsetzung einheitlicher Krankentafelbeiträge bezogen. Es wird beschlossen, die Krankentafelbeiträge zu erhöhen, sei es durch die Erhöhung der Beiträge oder durch die Herabsetzung der Leistungen. Es wird beschlossen, die Krankentafelbeiträge zu erhöhen, sei es durch die Erhöhung der Beiträge oder durch die Herabsetzung der Leistungen.

Einmündige Dr. med. Hirt-Windchen seinen Vortrag über Alkohol und Krankentafeln. Der Alkoholismus kann den Arbeiter als einen gefährlichen Feind an die Seite stellen. Der Alkoholismus ist die mittlere Ursache vieler Krankheiten bei Herz, Leber und Magenteilen. Die Arbeiter haben einen großen Beruf und Arbeitsstellenwechsel. Alle statistischen Ergebnisse - namentlich der Krankentafeln - beweisen, welche Schäden der Alkohol der Volkswirtschaft zufügt. Was können die Krankentafeln gegen die Belastung durch den Alkohol tun? Nur wenig. Der Alkoholismus muß als ein heilbarer Kranke behandelt werden. Der Kampf der Arbeiter gegen die Schande der Alkoholkrankheit und Trunksucht müssen ersticken. (Beifall).

Frühdorf teilt mit, daß ein Angebot des Bundes der Brauereibesitzer, ein Gegenereignis zu halten, abgelehnt worden sei.

Rachem noch Graf-Frankfurt gesprochen, stellt Frühdorf das Endergebnis der Versammlung fest, die Anregungen zu beherzigen. Zur Beratung kommen nunmehr Fragen der Tarifgemeinschaft mit den Krankentafeln. Die Tarifgemeinschaft gründet einen Antrag, wonach gegen die Entlohnungen der Arbeiter die Arbeiterbewegung noch offen stehen soll. Gieseler-Werlin gibt sodann den Bericht des Zentralausschusses. Der Bericht ist gefaßt worden, um die Anstellungsverhältnisse der Arbeiter zu sichern. Der Bericht, der nach Änderungen in der Reichsausschusses für Arbeiter-Versicherungsgesellschaft ein „Stand“ sein soll, ist vor vier Jahren im Reichsausschusses veröffentlicht worden und hat viele Änderungen erfahren, die ihm zukommen, vorgelegen. Die jetzige „Entscheidung“ soll nur der Höhe gegen die Krankentafeln dienen. Schölem-Werlin (Unternehmer) weist ebenfalls die Behauptung, der Vertrag sei eine Summe, zurück. Er begründet einen Antrag, wonach der gesamte Tarifgemeinschaftvertrag nicht Anlagen nachprüfen, Änderungen vorschlagen einzureichen und das Ergebnis der nächsten Jahresversammlung vorzulegen ist.

Dr. Wagner-Ventzen hat mit dem Ratzen des Vertrags nicht persönliche Summe vorzulegen. Er freut sich über die Festsetzung, daß der Vertrag sein Gesamtvertrag ist. Der Antrag Schölem wird mit der Ermöglichung, daß auch bei neuen Reichs-Verordnungen, die angenommen werden. Hierauf wird Herr Graf-Frankfurt einen Antrag einbringen. Ein Antrag, daß die Kosten für die Kontrolle ausrichtiger Kranker unentgeltlich unterliegen sollen, wird angenommen. Simanowski-Werlin berichtet über einen Vertrag mit dem Deutschen Drogistenverband, wonach dessen Mitglieder bei dem freien Verkehr übergebenen Medikamente zu einem besonders niedrigen Preise abgeben sollen. Das nächste wird in das Protokoll des Kongresses aufgenommen. Hierauf wird noch ein Antrag von Simanowski angenommen, wonach mit dem Besitze der Betriebe und Hilfsstellen in Verbindung zu treten ist, wenn die Herabsetzung niedrigerer Tarife. Das Ergebnis der Diskussion ist die Annahme von 464 Delegierten, die 265 Stimmen mit 4 672 908 Mitglieder vertreten. Ein Antrag Schölem-Werlin, der Verbandsverfassungen alle zwei Jahre abzuändern, wird abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag Wagner-Frankfurt, die Landesregierungen zu erlösen, vor Erlass von Ausführungsbestimmungen usw. von R. B. D. die Kassen zu hören, angenommen. Unter den üblichen Schluss- und Dankworten wird Johann der Kongreß von Frühdorf geschlossen.

Volkswirtschaftliches.

104 887 943 Mark Lohnverlust haben die preussischen Bergarbeiter in den letzten 27 Monaten, vom ersten Quartal 1908 bis einschließlich ersten Quartal 1910, durch direkte Lohnreduzierungen erlitten. Im vierten Quartal 1907 hatten die Arbeiter in preussischen Bergbau fast überall ihren Höhepunkt erreicht; von da ab ging es teilweise, besonders im Ruhrgebiet, mit Rückschritten abwärts. Die Lohnverluste betrugen in den einzelnen Bezirken: Ruhrgebiet 79 280 159 Mark, Oberschlesien 8 631 784 Mark, Niederschlesien 2 452 350 Mark, Saarrevier (Staatsrevier) 2 626 888 Mark, Saargebiet Revier 2 603 109 Mark, Salter Braunkohlenrevier 4 089 618 Mark, Rheinisch-silesisches Braunkohlenrevier 200 194 Mark, Saller Erzbergbau 351 577 Mark, Staustal Erzbergbau 512 338 Mark, Mansfelder Erzbergbau 1 905 827 Mark, Siegerer Erzbergbau 4 682 482 Mark, Rostocker Erzbergbau 1 969 027 Mark, Rheinisch-silesischer Erzbergbau 1 367 176 Mark. Fast 105 Millionen Mark haben also die Bergarbeiter der angeführten Bezirke an Löhnen allein durch direkte Lohnreduzierungen eingebüßt. Die großen Verluste, die ihnen durch die zahlreichen Preisrückgänge entstanden sind, sind dabei nicht mitgerechnet, lassen sich auch nur sehr schwer berechnen, weil die Zahl der Beschäftigten nicht genau bekannt ist, sondern nur geschätzt werden kann. Diese gewaltigen Lohnverluste erklären sich durch die Lage der Werke in feiner Krise. Die Grubenbetriebe haben auch während der Krise meist sehr gute Geschäfte gemacht. Ganz besonders ist das aber bei den Ruhrgruben der Fall. Eine ganze Anzahl Werke sind hier zu beobachten, die während der Krise noch höhere Gewinne einzeichneten haben, wie während der Hochkonjunktur. Die Grubenbetriebe haben es eben meistlich verstanden, die Folgen der Krise zum weitesten Grade abzumildern und die Arbeiter damit abzufinden.

Für die ausgeperrten Bauarbeiter. Halle. Bauarbeiter-Verband (3. Rate) 15.- Mrk. Kreis. Feig. Löhne 38 095; 101 315; 123 465; 122 675; 114 250; 124 125; 121 830; 129 840; 8 230; 139 770; 29 350; 83 720; Konsumausgaben 10 70; 34 410; 40 330 Mrk. J. Winckler.

Quittung. Feig. für den Reichsausschusses geschlossen beim Sommerfest der Germania 3,02 Mrk. A. Geyobst.

Berichtswürdig für Letztartikel, Politische Liebericht, Partei-nachrichten, Ausland, Gemeinwirtschaftliches, Deutsches und Reich-mittels Mark-Wort, für Böhmen, Kurländisches und Reich-sammlungsberichte Otto Reichshuber, beide in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Advertisement for J. Lewin's clothing store. It features a large 'Grosser Inventur-Ausverkauf' (Big Inventory Sale) with 'ca. 13500 Stück Konfektion' (approx. 13500 pieces of clothing). The ad lists various items such as Fantasiestoffe, Hauskleiderstoffe, Weiss Blusen, Zephyr-Blusen, Sport-Paletots, Staub-Paletots, Paletot-Kostüme, Kostüm-Wasch-Röcke, Halblange Halb-Handschrube, Damen-Glaze-Handschrube, and Damen-Gürtel. Prices are listed for many items, ranging from 13 Pf. to 90 Pf. The store is located at Marktplatz 2 u. 3. The advertisement also includes a note about the limited space for the sale and a small table with more product listings and prices.

